

# STUDIENGUTACHTEN

## Investitionen in den Gemeinden

In Kooperation mit:

ÖSTERREICHISCHER  
**KOMMUNAL** / VERLAG

**Studienautor: Dr. Harald Pitters**

**Wien, Januar 2025**

# INHALTSVERZEICHNIS

AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG	3
STUDIENBEFUNDE	3
TABELLENBAND	19
FRAGEBOGEN	105

## **Dr. Harald Pitters**

Allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger  
Georg Sigl-Gasse 5/3  
A-1090 Wien

# **STUDIENGUTACHTEN „INVESTITIONEN IN DEN GEMEINDEN 2025“**

## **I. AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG**

Gegenstand des vorliegenden demoskopischen Gutachtens ist die Evaluierung von Investitionen auf kommunaler Ebene, die auf einer standardisierten Befragung von 304 Entscheidungsträgern in österreichischen Gemeinden zu ihrer finanziellen Situation und Einschätzung potentieller Investitionstätigkeiten basiert. Die jährliche Befragung wurde im Winter 2024/25 bereits zum vierzehnten Mal durchgeführt und bietet somit die Möglichkeit, Zeitvergleiche zu den Ergebnissen der vorangegangenen Jahre anzustellen. In Folge wird aus demoskopischer Sicht analysiert und fallweise in Kombination mit Sekundärstatistiken interpretiert. Als methodische Basis für die Bewertung dienen neben den Befragungsergebnissen auch sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse sowie die langjährige Praxisexpertise des Verfassers dieses Gutachtens. Zu Ausbildung und Qualifikation des Autors wird auf die gerichtliche Zertifizierung verwiesen (§86 GOG).

## **II. STUDIENBEFUNDE**

### **Allgemeines**

Im Rahmen dieser Untersuchung führte Pitters® Trendexpert von Dezember 2024 bis Januar 2025 insgesamt 304 Online-Interviews (CAWI) mit Verantwortlichen auf Gemeindeebene (Bürgermeister, Amtsleiter u.a.) durch. Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei knapp 13 Minuten. Zentrale Fragen der Studie waren die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinden sowie Hindernisse und Möglichkeiten künftiger Investitionen. Nachstehend folgen ausgewählte Ergebnisse mit grafischer Aufarbeitung der erhobenen Gesamtwerte. Aufgrund von Rundungsdifferenzen ergeben sich dabei Prozentsummen von 99-101%. Sämtliche Detailergebnisse umfasst der anschließende Tabellenband.

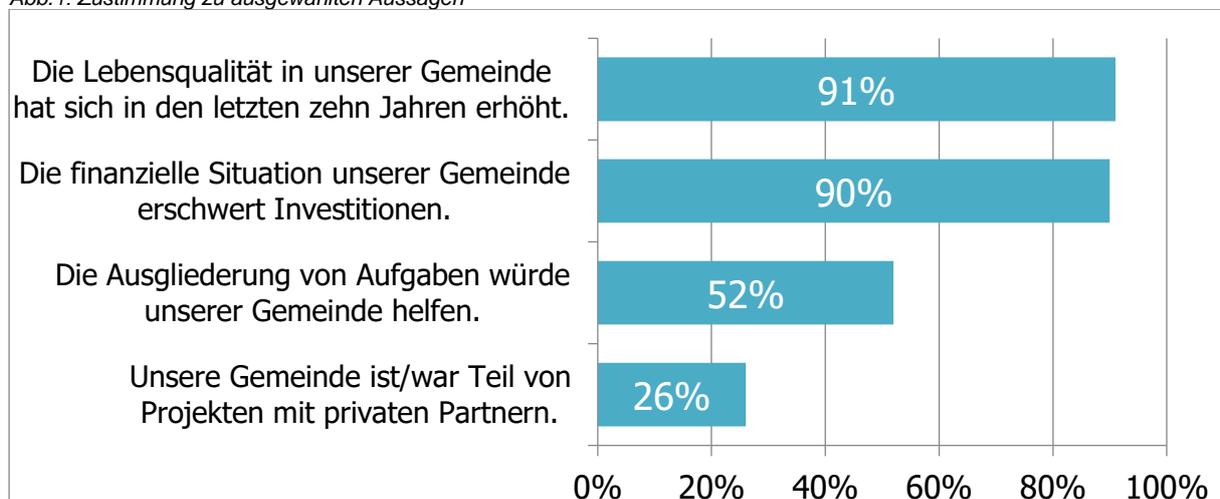
## Beschreibung der Respondenten

Hinweis: Zugunsten der Lesbarkeit wird auf eine männlich/weiblich Formulierung verzichtet, sämtliche Ausdrücke, die männlich formuliert sind, gelten sinngemäß auch für Frauen. Insgesamt nahmen österreichweit 304 Entscheidungsträger in den einzelnen Gemeinden an der Umfrage teil, das entspricht einem Rücklauf von rund 15% der Gemeinden Österreichs. In 145 Fällen beantworteten die Bürgermeister den Online-Fragebogen, in 101 Fällen die Amtsleiter, in den restlichen Fällen waren es andere Gemeindebedienstete (z.B. Finanzleiter, Kassenverwalter). 80% der Befragten sind Männer, 20% Frauen. Die soziodemographischen Variablen wie Geschlecht, Alter und Schulbildung entsprechen der realen Verteilung in den Gemeinden, damit sind repräsentative Interpretationen zulässig. Darüber hinaus wurden als zusätzliche Variablen für den Tabellenband die Ortsgröße, die Funktion der Befragten und die Einschätzung der finanziellen Situation der Gemeinde ausgewertet.

## Allgemeine Aussagen zur Gemeinde

Generell ist die Zustimmung zu den abgefragten Aussagen betreffend Lebensqualität und finanzielle Situation über die Jahre hinweg stabil. Stets die größte Mehrheit der Befragten (91%, -1 Pp., siehe Abb. 1) geht davon aus, dass sich die Lebensqualität in ihrer Gemeinde in den letzten Jahren erhöht habe. Neun von zehn Entscheidungsträgern (90%, ±0 Pp.) geben an, dass die finanzielle Situation ihrer Gemeinde derzeit Investitionen erschweren würde. Das heißt jedoch nicht, dass keine Investitionen mehr getätigt werden. Rund ein Viertel der Gemeinden ist/war Teil von Projekten mit privaten Partnern (26%, -1 Pp.). Dass das Ausgliedern von Aufgaben der Gemeinde helfen würde, glauben immerhin 52% (+7 Pp.).

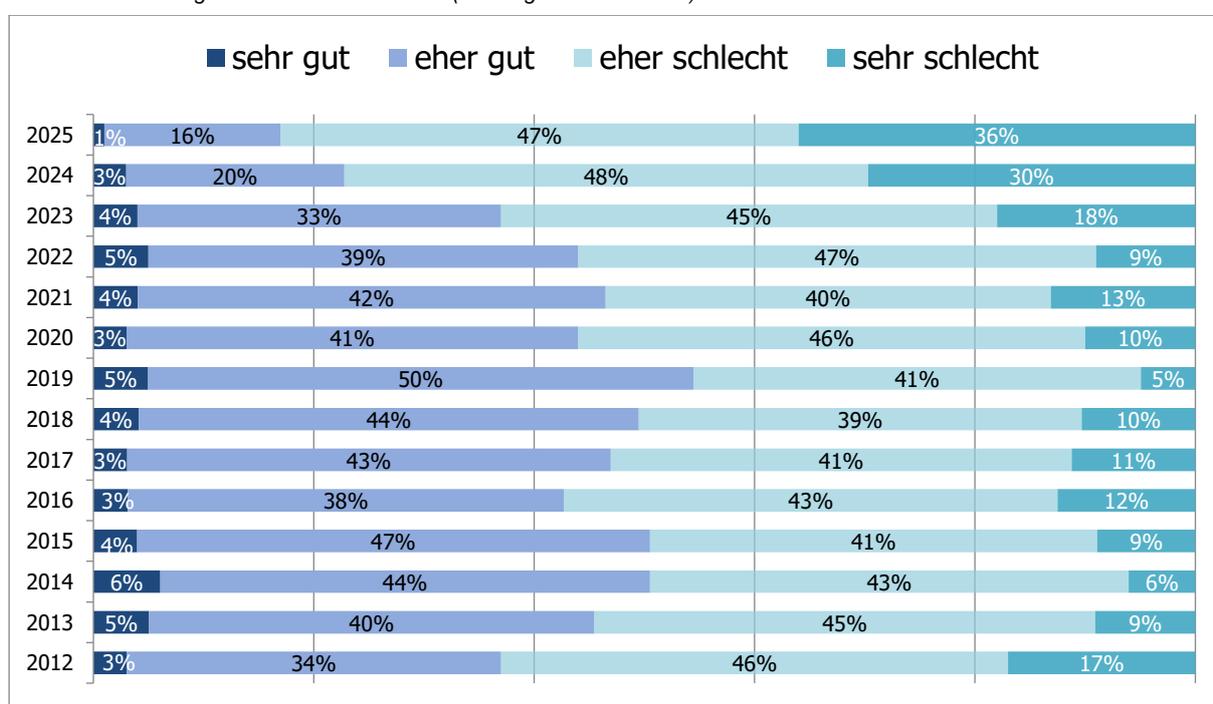
Abb. 1: Zustimmung zu ausgewählten Aussagen



## Aktuelle finanzielle Lage der Gemeinden

Die subjektive Einschätzung der finanziellen Lage zeigt, dass in den Gemeinden gegenüber den Vorjahren eine eher pessimistischere Stimmung herrscht, was nicht zuletzt auch durch die gegenwärtig auferlegten Beschränkungen aufgrund der allgemeinen Inflation erklärt werden kann. 2025 schätzen 17% (-6 Pp. gegenüber 2024) der Gemeinden ihre finanzielle Lage als „sehr gut“ oder „eher gut“ ein und 83% (+5 Pp. gegenüber 2024, siehe Abb. 2) als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“.

Abb.2: Einschätzung der finanziellen Situation (Zeitvergleich 2012-2025)

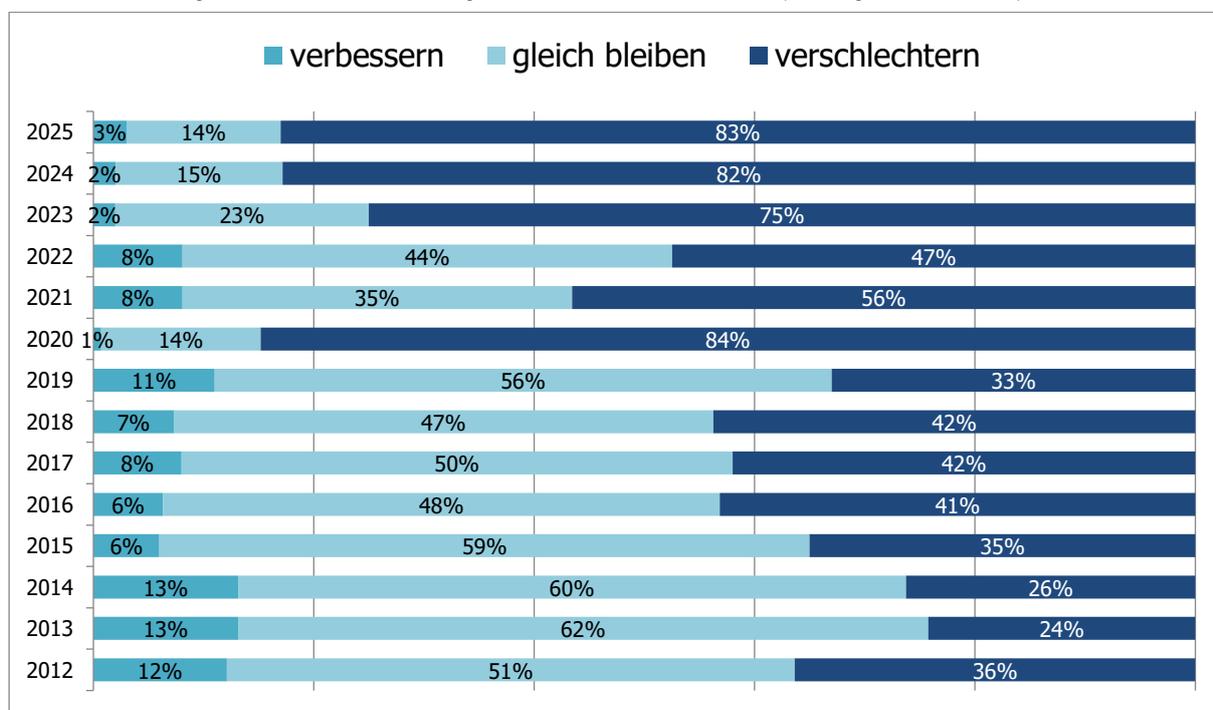


Die Beurteilung der finanziellen Lage variiert zwischen kleineren und größeren Gemeinden, wobei kleine Gemeinden eine negativere Einschätzung abgeben. Gemeinden mit bis zu 1.000 Einwohnern sagen nur zu 13% (-4 Pp. gegenüber 2024), dass ihre finanzielle Lage gut sei, jene mit 1.001 bis 2.000 Einwohnern ebenfalls zu 13% (-14 Pp.), jene mit 2.001 bis 5.000 Einwohnern zu 21% ( $\pm 0$  Pp.) und jene mit 5.001 bis 10.000 Einwohnern zu 22% (+11 Pp.). Interessanterweise sagen größere Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern ebenfalls zu 15% (-12 Pp.), dass ihre finanzielle Lage gut sei, wobei hier auf die geringe Fallzahl ( $n=13$ ) und die damit einhergehende größere Schwankungsbreite hinzuweisen ist. Es zeigt sich somit, dass insbesondere kleinere Gemeinden mit bis zu 2.000 Einwohnern besonders in Krisenzeiten großen Herausforderungen gegenüberstehen.

## Änderung der finanziellen Situation

Der Anteil der Gemeinden, die von stabilen finanziellen Entwicklungen in den kommenden Jahren ausgehen, ist im vergangenen Jahr deutlich gesunken: 2025 gehen 14% (-1 Pp., siehe Abb. 3) davon aus, dass ihre finanzielle Situation gleichbleiben wird, 83% (+1 Pp.) befürchten jedoch, dass sie sich verschlechtert. Von einer Verbesserung gehen nur 3% (+1 Pp.) aus. Ein Zusammenhang besteht zwischen der Einschätzung der aktuellen und jener der künftigen Lage: Gemeinden, die ihre derzeitige finanzielle Lage bereits als schlecht bezeichnen, gehen zu 86% davon aus, dass sich die Lage auch in den kommenden Jahren weiter verschlechtern wird.

Abb.3: Einschätzung der finanziellen Entwicklung für die kommenden zwei Jahre (Zeitvergleich 2012-2025)

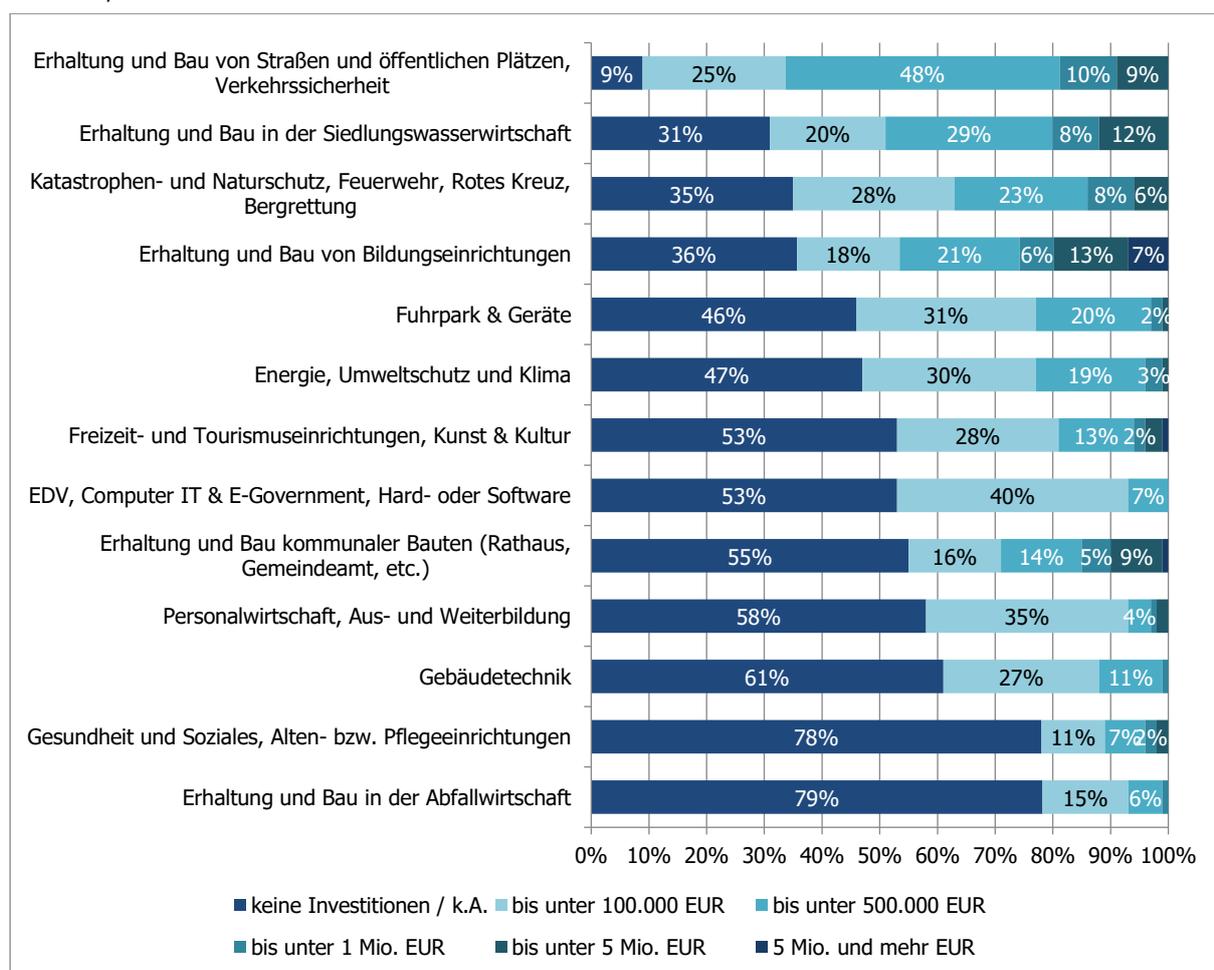


## Geplante Investitionen bis Ende 2025

Am häufigsten werden Investitionen in den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen bzw. zur Verkehrssicherheit geplant: mit Ausnahme von 9% der Gemeinden planen alle, bis Ende 2025 in diesen Bereich zu investieren. Der Investitionswert beläuft sich dabei für zwei Drittel der Gemeinden (73%, siehe Abb. 4) auf bis zu 500.000 EUR, für 10% auf bis zu 1 Mio. EUR und für weitere 9% sogar auf mehr als 1 Mio. EUR.

Am zweithäufigsten geplant werden Investitionen im Bereich „Erhalt und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft“ (69%). Auf den weiteren Plätzen folgen geplante Investitionen in den Katastrophen- und Naturschutz/Feuerwehr/Rotes Kreuz/Bergrettung (65%) sowie in Bildungseinrichtungen (64%), wobei jedoch die Investitionssumme in Bildungseinrichtungen in absoluten Zahlen am höchsten ist. Ebenfalls sind von noch mehr als jeder zweiten Gemeinde in Österreich Investitionen in den Bereichen „Energie, Umweltschutz und Klima“ (53% sowie in „Fuhrpark und Geräte“ (54%) geplant. Im EDV-Bereich liegen die geplanten Investitionskosten am niedrigsten (40% bis unter EUR 100.000). In den Katastrophen- und Naturschutz planen 51% der Gemeinden, maximal EUR 500.000 EUR zu investieren, in Fuhrpark und Geräte ebenfalls 51%. In den Erhalt und Bau kommunaler Bauten planen immerhin 14%, mehr als EUR 500.000 bis Ende 2025 zu investieren. Insgesamt zeigt sich, dass die geplanten Investitionen gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben sind.

Abb.4: Geplante Investitionen bis Ende 2025



Von etwa der Hälfte der Gemeinden sind Investitionen in „Freizeit und Tourismuseinrichtungen, Kunst & Kultur“ und „Personalwirtschaft sowie Aus- und Weiterbildung“ geplant, wobei die Investitionen in diesem Bereich nur selten (7%) die EUR 100.000 Euro-Grenze übersteigen dürften. Durchschnittlich 43% der Gemeinden haben Ausgaben für Gebäudetechnik und „EDV, Computer IT & E-Government, Hard- oder Software“ budgetiert. Auffällig ist die geringe Investitionsfreudigkeit in Gesundheit und Soziales sowie Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen: nur ein Fünftel der Gemeinden wollen hier weiter investieren.

### **Vergleich geplante Investitionen**

Die kommunalen Entscheidungsträger wurden befragt, in welcher Höhe Investitionen bis zum Jahresende 2025 geplant sind – demgegenüber wurde der Mittelwert der Jahre 2020-2024 (siehe Abb. 5) gestellt. Die größten Investitionsvorhaben betreffen wie in den Vorjahren die Bildungseinrichtungen (das Investitionsvolumen liegt 2025 bei rund EUR 1.530 Mio., dieser Wert liegt gleichauf mit dem Mittelwert des Vergleichszeitraums), „Erhaltung und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen, Verkehrssicherheit“ (EUR 681 Mio., -18%) sowie die Bereiche „Erhaltung und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft“ (EUR 680 Mio., +21%) und „Erhaltung und Bau kommunaler Bauten“ (EUR 629 Mio., -10%).

Weiters erwarten die kommunalen Entscheidungsträger einen Anstieg der geplanten Investitionen bis Ende 2025 in den Bereichen „Katastrophen- und Naturschutz“ (EUR 452 Mio., +31%), „Freizeit- und Tourismuseinrichtungen“ (EUR 343 Mio., +8%) sowie „Personalwirtschaft, Aus- und Weiterbildung“ (EUR 174 Mio., +5%). Der Bereich „Energie, Umweltschutz und Klima“ darf auch heuer wieder mit einem wesentlichen Budget rechnen, die Ausgaben werden voraussichtlich rund EUR 172 Mio. betragen – verzeichnen damit 2025 im Vergleich zu den Vorjahren jedoch einen Rückgang (-24%). Erhebliche Einsparungen betreffen ebenso die Bereiche „Fuhrpark & Geräte“ (EUR 144 Mio., -23%) und „Gesundheit und Soziales, Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen“ (EUR 190 Mio., -35%). Die geplanten Investitionen in die Gebäudetechnik (EUR 66 Mio., -38%) sowie in „EDV, Hard- und Software“ (EUR 49 Mio., -50%) schrumpfen deutlich. Die Ausgaben für „Erhaltung und Bau in der Abfallwirtschaft“ werden laut Auskunft der kommunalen Entscheidungsträger um etwa 70% von EUR 143 Mio. auf EUR 43 Mio. sinken.

Abb.5: Vergleich geplante Investitionen – hochgerechnet aus Befragungen 2020-2025

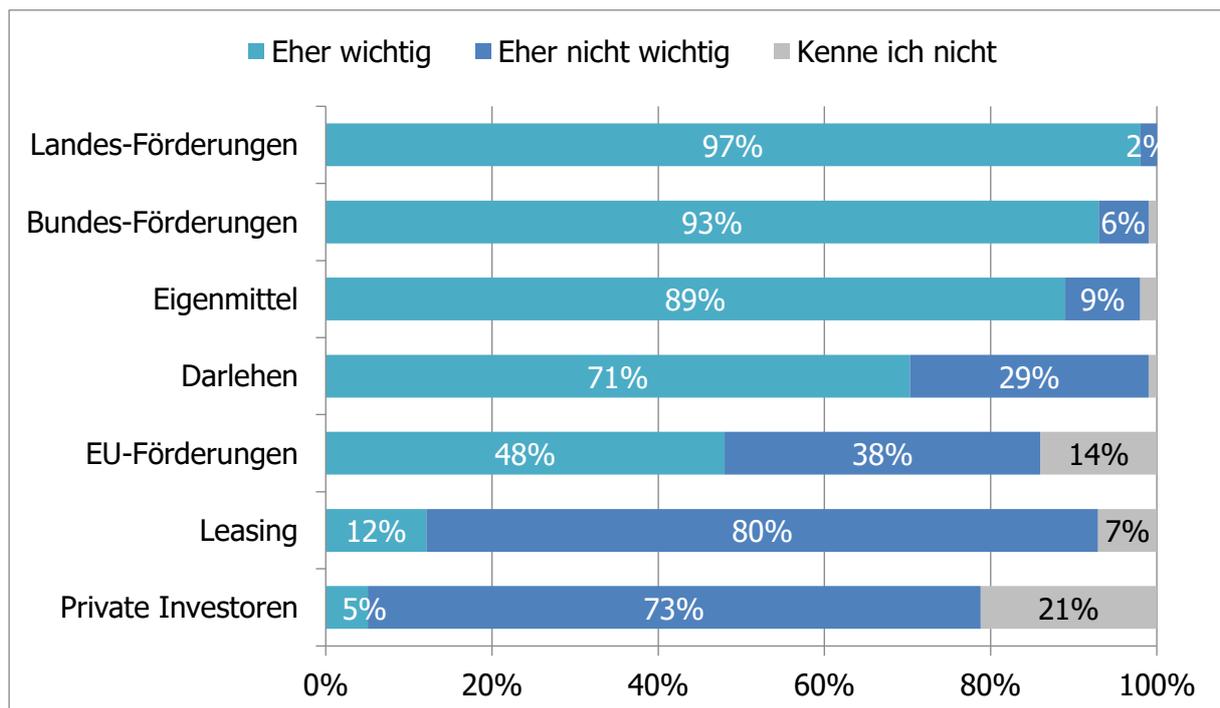


### Finanzierungsarten

Die angeführten Investitionsvorhaben legen teilweise beträchtliche Kosten offen, deren Finanzierung auf unterschiedliche Arten erfolgen kann. Für die meisten Gemeinden stehen Landes-Förderungen (97%, -2 Pp., siehe Abb. 6), Bundes-Förderungen (93%, +1 Pp.), Eigenmittel (89%, -3 Pp.) sowie Darlehen/Kredite (71%, ±0 Pp.) an oberster Stelle der Möglichkeiten. Bemerkenswert ist hierbei, dass der Anteil jener Befragten, die angeben, dass Bundes-Förderungen wichtig seien, während der Corona-Krise stark angestiegen ist und nun die Eigenmittel überholt hat.

EU-Förderungen werden von 48% der Gemeinden als wichtige Finanzierungsquelle für die geplanten Investitionen genannt, für 38% spielen sie hingegen keine Rolle. Dass 14% der Gemeinden sich zu EU-Förderungen nicht äußern bzw. diese nicht kennen, zeigt den Informationsbedarf, der diesbezüglich noch besteht. Daneben eine Rolle spielen Leasingangebote (12%, +4 Pp.) und private Investoren (5%, +1 Pp.).

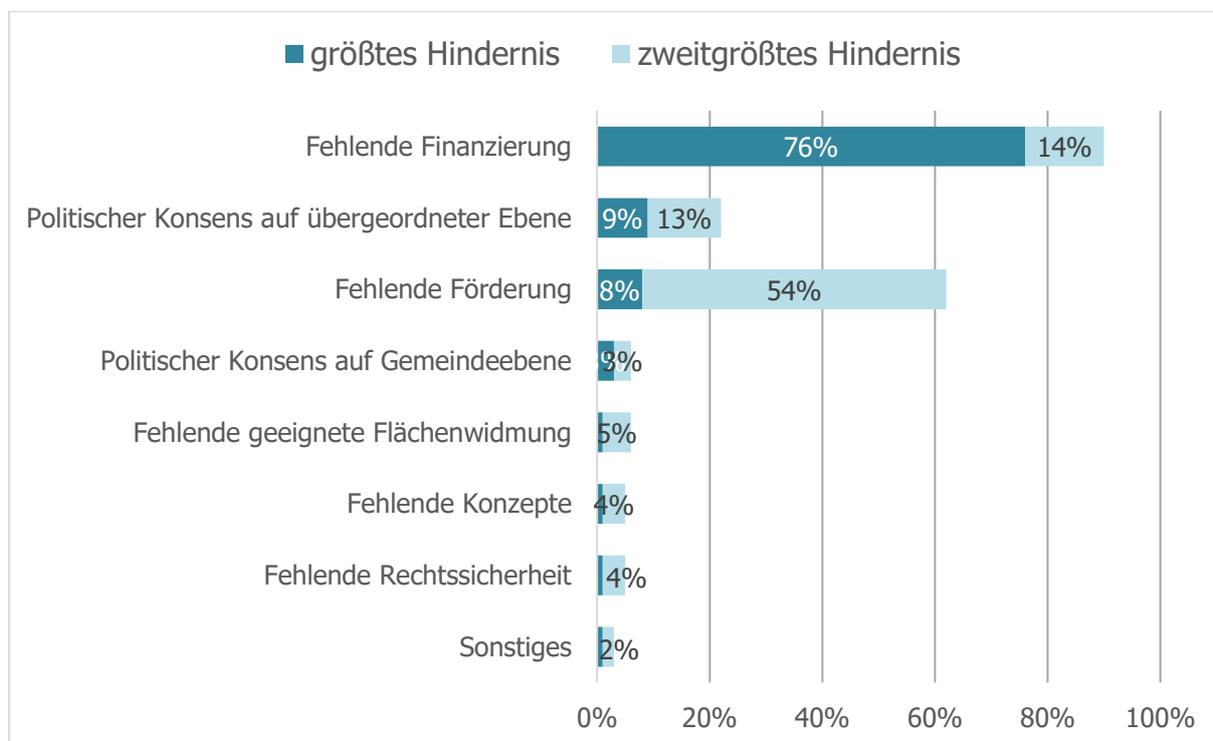
Abb.6: Einschätzung der Wichtigkeit einzelner Finanzierungsarten



### Größtes Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene

„Was ist aus Ihrer Sicht das größte bzw. zweitgrößte Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene?“ – diese Frage wurde in der Vergangenheit in der Regel mit fehlenden Finanzierungen und fehlenden Förderungen beantwortet. Auch in der diesjährigen Umfrage stehen diese beiden Aspekte ganz oben. 76% der Gemeinden nennen die fehlende Finanzierung als größtes Hindernis für Investitionen auf Gemeindeebene, weitere 14% sehen es als zweitgrößtes Hindernis (Summe: 90%, +5 Pp., siehe Abb. 7). Fehlende Förderungen werden von 8% der Gemeinden als größtes Hindernis und von weiteren 54% als zweitgrößtes Hindernis eingestuft (Summe: 62%, ±0 Pp.). Alle weiteren potentiellen Hindernisse werden nur noch von wenigen Gemeinden als relevant eingestuft, etwa der fehlende politische Konsens auf übergeordneter Ebene (Summe: 22%) oder auf Gemeindeebene (Summe: 6%).

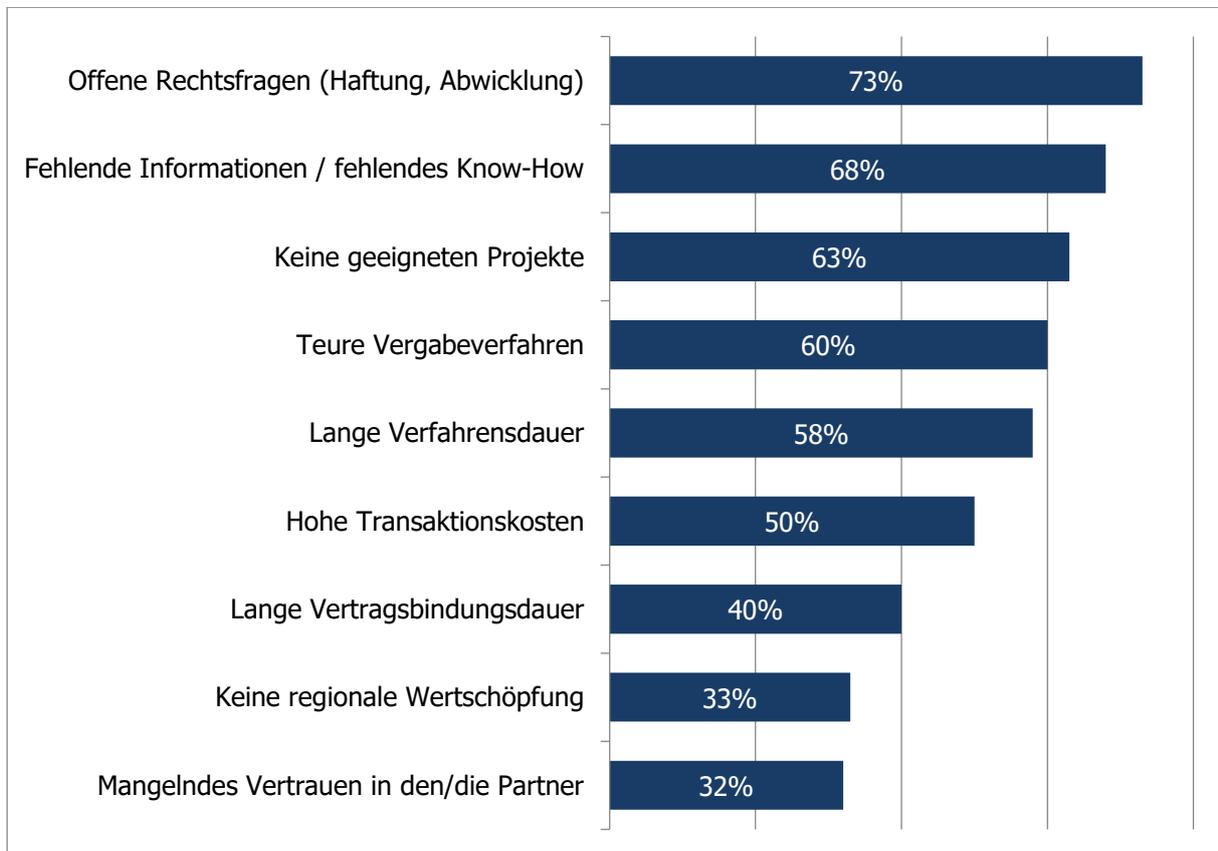
Abb.7: Hindernisse für Investitionen auf Gemeindeebene



### Hindernisse bei der Realisierung Öffentlich-Privater Partnerschaften

Die ausbaufähige Relevanz von sogenannten „Public-Private-Partnerships“ ist auch auf mehrere Hindernisse zurückzuführen, allen voran offene Rechtsfragen in Bezug auf Haftung und Abwicklung (73%, -5 Pp., siehe Abb. 8). Für rund zwei Drittel der befragten Gemeinden stellen fehlende Informationen bzw. fehlendes Know-How (68%, +3 Pp.) entsprechende Hindernisse dar. Ebenso mehr als die Hälfte der kommunalen Entscheidungsträger haben keine geeigneten Projekte in ihrer Gemeinde (63%, +2 Pp.) oder nennen teure Vergabeverfahren (60%, +2 Pp.) und lange Verfahrensdauern (58%, -1 Pp.) als Herausforderungen. Auch hohe Transaktionskosten (50%, +4 Pp.) und lange Vertragsbindungsdauern (40%, -9 Pp.) stellen für die Gemeinden Hindernisse bei der Realisierung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften dar. Am seltensten genannt wurden „mangelndes Vertrauen in den/die Partner“ (32%, -6 Pp.) sowie „keine regionale Wertschöpfung“ (33%, -4 Pp.). Insgesamt zeigt sich, dass die meisten angeführten Hindernisse im Vergleich zum Vorjahr ähnlich häufig genannt werden.

Abb.8: Hindernisse bei der Realisierung geplanter Public-Private-Partnership-Projekte



## Innovation

Im nächsten Abschnitt wurden die kommunalen Entscheidungsträger gebeten, die einzelnen Bereiche ihrer Gemeinde auf einer Skala von 1 (gar nicht innovativ) bis 10 (sehr innovativ) zu beurteilen. Die Spitzenposition nimmt „Verwaltung der Finanzen“ mit einem Mittelwert von 7,05 ein (siehe Abb. 9). Es folgen Energieversorgung, Wirtschaftlichkeit sowie Abfall- und Umweltmanagement. Im Mittelfeld befinden sich Infrastruktur, Bildungsangebote, Soziale Angebote, Gesundheitsversorgung sowie Digitale Serviceleistungen. Als weniger innovativ werden die Bereiche Altersversorgung, Gebäudesanierung, Sicherheitsmanagement und Bürgerbeteiligung eingestuft. In der diesjährigen Erhebung zeigt sich erneut eine angespannte finanzielle Ausgangslage – nun gilt es dennoch, innovative Ansätze, beispielsweise in Bezug auf Verwaltung der Finanzen und Infrastrukturlösungen zu nutzen, um die Chance zu ergreifen, wichtige Projekte im direkten Austausch mit den BürgerInnen umzusetzen.

Abb.9: Innovative Bereiche in der Gemeinde (Mittelwerte)

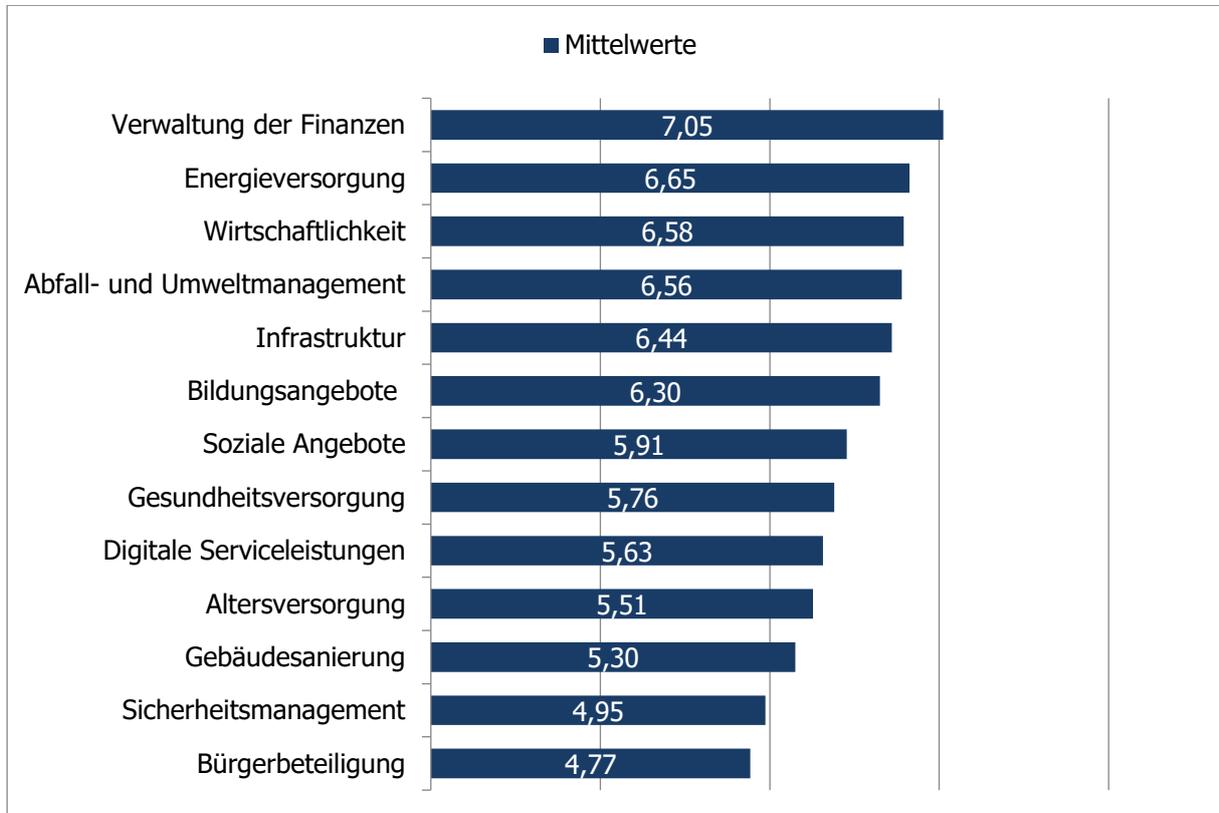
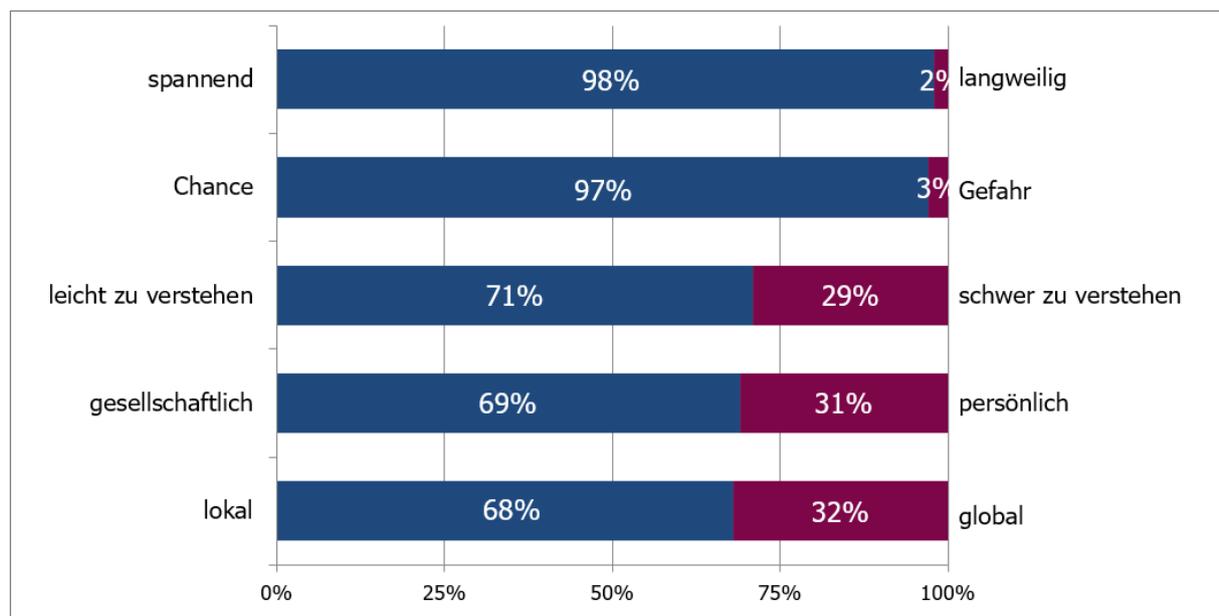


Abb.10: Begriffspaare Innovation



Die kommunalen Entscheidungsträger haben in weiterer Folge gegensätzliche Begriffspaare zum Thema Innovation bewertet. Für 98% sind Innovationen spannend, 2% empfinden diese als langweilig (siehe Abb. 10). 97% sehen Innovation demnach als Chance, lediglich 3% betrachten diese als Gefahr. 71% der kommunalen Entscheidungsträger geben an, dass Innovationen leicht zu verstehen sind. Für 69% der Befragten sind Innovationen als gesellschaftlich zu interpretieren, 31% sind der Ansicht, dass diese persönlich sind. 68% denken, dass Innovationen lokal sind, 32% bevorzugen die Antwortoption global.

### **Elektromobilität**

Für den Gemeindeinvestitionsbericht 2025 wurde als nächstes Themenfeld erneut abgefragt, wie die Gemeinden in Bezug auf Elektromobilität agieren. Sieben von zehn (70%, -4 Pp. im Vergleich zum Vorjahr, siehe Abb. 11) Befragten geben an, dass das Thema Elektromobilität in der Gemeinde in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen habe. Die überwiegende Mehrheit der kommunalen Entscheidungsträger bestätigt, dass in ihrer Gemeinde bereits öffentlich zugängliche Ladeplätze für Elektrofahrzeuge vorhanden seien (78%, +1 Pp.), dass die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ausgebaut werden soll (55%, -8 Pp.) und dass die Nutzung von Elektromobilität wichtig für das Image ihrer Gemeinde sei (52%, ±0 Pp.).

Relativ ausgewogen fällt die Zustimmung zu folgenden Zielsetzungen aus: die Gemeinde verfüge bereits über eigene erneuerbare Energieressourcen zur Nutzung von E-Mobilität – dieser Aussage stimmen 63% zu – und die Gemeinde arbeite bereits mit einem oder mehreren Anbietern zum Themenbereich Elektromobilität zusammen (48% Zustimmung). Ähnlich hoch ist der Anteil jener Gemeinden, die die Anschaffung von Elektrofahrzeugen planen (38%, -6 Pp.), oder angeben, dass die Gemeinde Anreize schaffe, um die Bevölkerung zur Nutzung von Elektromobilität zu motivieren (38%, -4 Pp.) und die bei entsprechend interessanten Angeboten die Möglichkeit sehen, einen Teil des Gemeindebudgets 2025 in Elektromobilität zu investieren (37%, +3 Pp.). Abschließend gibt ein Fünftel der kommunalen Entscheidungsträger an (20%, -4 Pp.), Kinder und Jugendliche gezielt über Elektromobilität (Flyer, Video, Spiel) informieren zu wollen. In weiterer Folge wurden die kommunalen Entscheidungsträger gebeten, mehrere Aspekte der Elektromobilität in ihrer Gemeinde auf einer fünfstufigen Skala (1 ist sehr wichtig, 5 ist gar nicht wichtig) einzuschätzen. Planbare Kosten stellen demnach den größten Vorteil dar (Mittelwert 1,89, siehe Abb. 12), es folgen die Argumente der ordnungsgemäßen Beschaffung (2,17) und der lokalen Wertschöpfung (2,39). Eine geringe Rolle spielen Sharing Systeme (3,18) und die Nutzung von Elektrofahrzeugen im Bauwesen (3,22).

Abb. 11: Elektromobilität

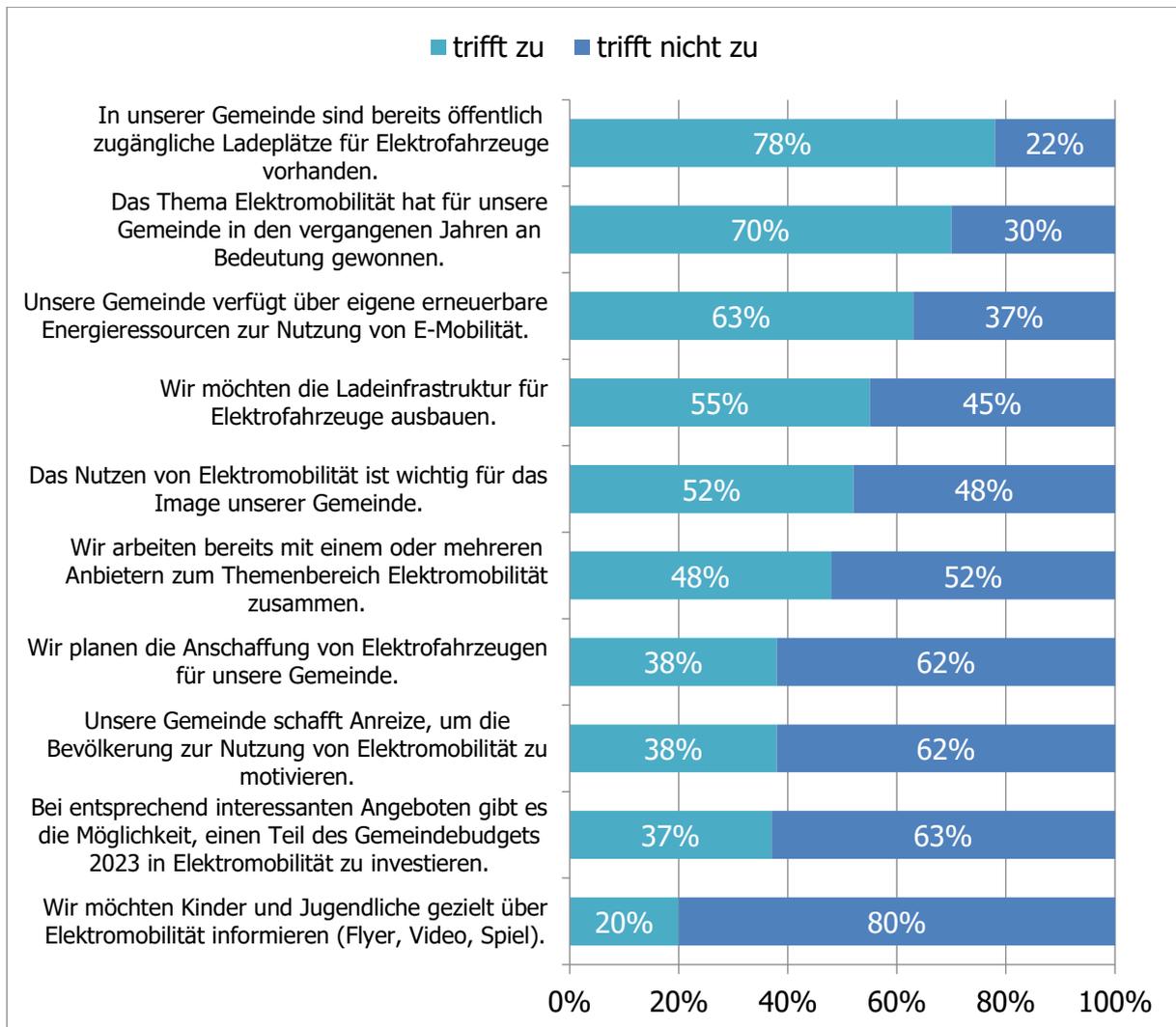
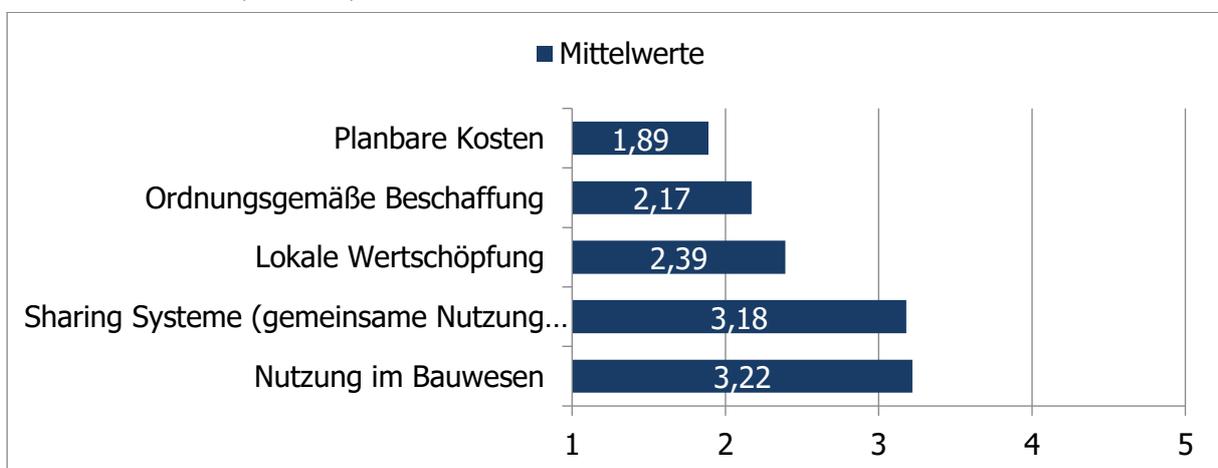


Abb. 12: Elektromobilität (Mittelwerte)



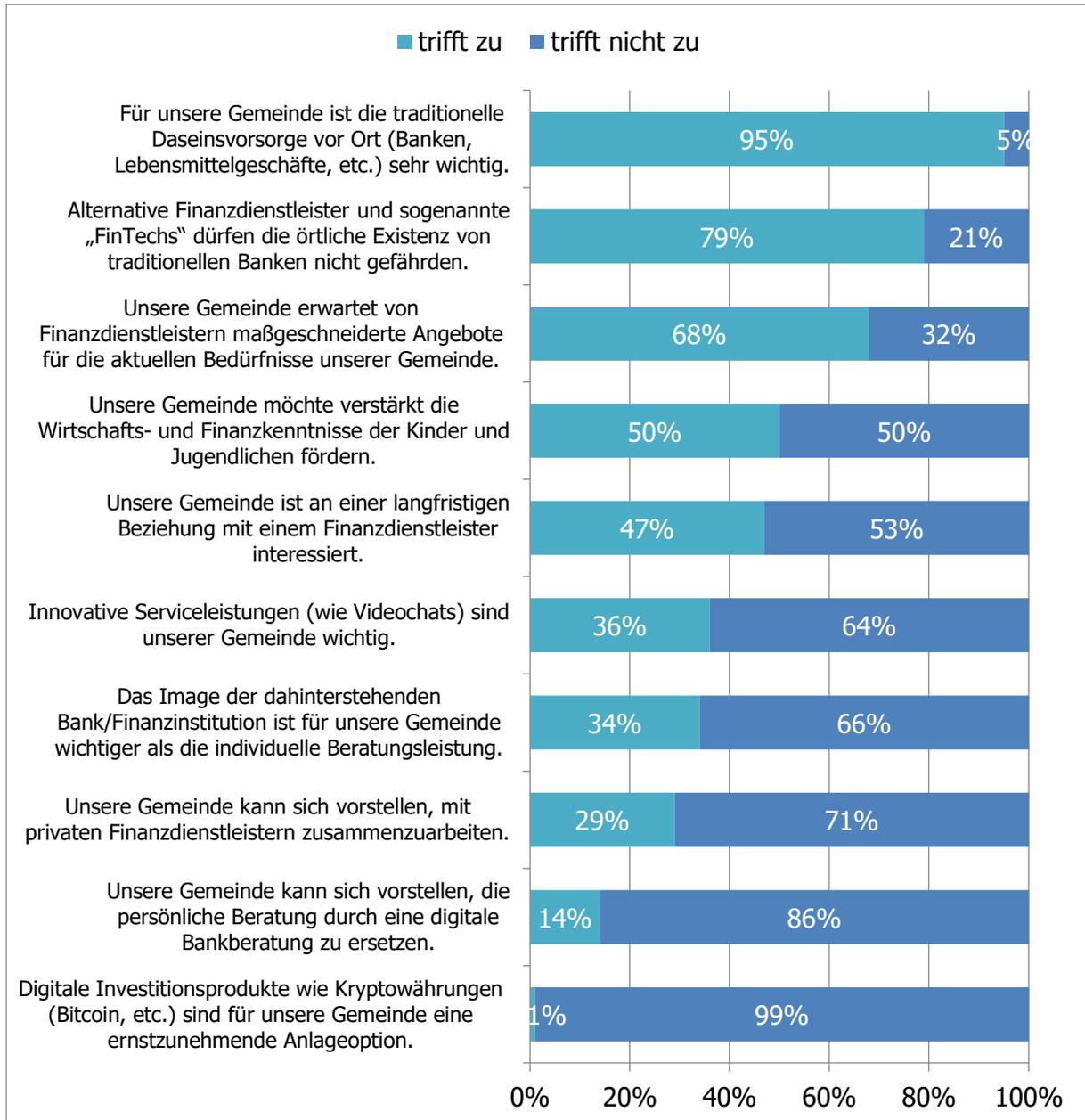
## Finanzdienstleistungen

In weiterer Folge wurde ebenso vertiefend abgefragt, welche Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge die Gemeinden im Zusammenhang mit Finanzdienstleistungen haben. Die überwiegende Mehrheit von 95% (-2 Pp., siehe Abb. 13) gibt an, dass die traditionelle Daseinsvorsorge vor Ort (Banken, Lebensmittelgeschäfte, etc.) sehr wichtig sei. Rund drei Viertel der Befragten stimmen zu, dass alternative Finanzdienstleister und sogenannte „FinTechs“ die örtliche Existenz von traditionellen Banken nicht gefährden dürfen (79%, +5 Pp.) und dass man von Finanzdienstleistern maßgeschneiderte Angebote für die aktuellen Bedürfnisse erwarte (68%, -1 Pp.).

Im Mittelfeld finden sich die Aussagen, wonach man verstärkt die Wirtschafts- und Finanzkenntnisse der Kinder und Jugendlichen fördern möchte (50% Zustimmung) und innovative Serviceleistungen (wie Videochats) wichtig seien (36% Zustimmung). Weiterhin sind 47% (+3 Pp.) der Gemeinden an einer langfristigen Beziehung mit einem Finanzdienstleister interessiert. 34% der Befragten geben an, dass die dahinterstehende Bank/Finanzinstitution für ihre Gemeinde wichtiger als die individuelle Beratungsleistung sei. Ein Viertel der Gemeinden kann sich vorstellen, mit privaten Finanzdienstleistern zusammenzuarbeiten (29%, +1 Pp.).

Abschließend lehnen die befragten kommunalen Entscheidungsträger jene Ansätze, wonach die persönliche Beratung durch eine digitale Bankberatung ersetzt werden könnte (86% Ablehnung) oder man sich näher mit digitalen Investitionsprodukten wie Kryptowährungen (Bitcoin, etc.) als ernstzunehmende Anlageoption beschäftigen könnte (99% Ablehnung), relativ deutlich ab. In der Krise scheinen die Gemeinden eher auf bewährte Wertanlagen zu setzen. Der variable Hype um Kryptowährungen spiegelt sich auf Gemeindeebene nicht wider. Zusammenfassend lässt sich im Vergleich zu den Vorjahren sagen, dass die (anfängliche) Skepsis gegenüber digitalen und innovativen Serviceleistungen merklich abgenommen hat, aber die Bedeutung der Sicherung von regionalen Arbeitsplätzen und langfristiger Stabilität doch überwiegt.

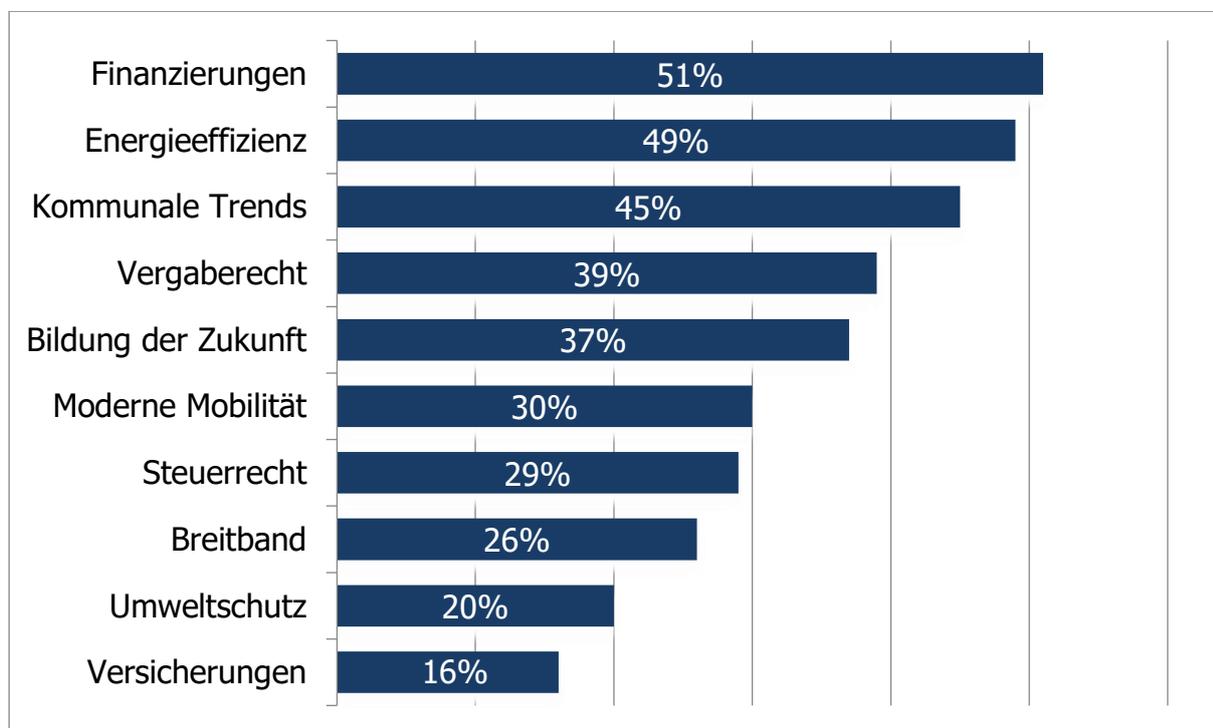
Abb. 13: Finanzdienstleistungen



### Informationsbedarf

Zudem wurde ein potentieller Informationsbedarf der Gemeinden bzw. der dort Bediensteten abgefragt. An erster Stelle besteht Interesse an den Themen Finanzierungen (51%, siehe Abb. 14), Energieeffizienz (49%) und kommunale Trends (45%) – gefolgt von Vergaberecht (39%), Bildung der Zukunft (37%) und moderner Mobilität (30%). Etwa jede vierte Gemeinde hat Informationswünsche hinsichtlich Steuerrecht (29%) und Breitband (26%). Eher geringer Informationsbedarf besteht bei den Themen Umweltschutz (20%) und Versicherungen (16%).

Abb. 14: Informationsbedarf der Gemeinden



Die nunmehr schon zum vierzehnten Mal durchgeführte Erhebung bietet erneut einen fundierten Überblick über die aktuelle Situation in den Gemeinden und ermöglicht zudem vielfältige Vergleiche in Bezug auf die Ergebnisse der letzten Jahre. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Fragestellungen objektiv und verständlich formuliert waren und es gab während der Feldphase keine negative Rückmeldungen. Die Einschätzung der finanziellen Lage wurde selten so pessimistisch gesehen, dennoch werden notwendige Investitionen insbesondere in die Erhaltung und den Bau von Bildungseinrichtungen in vergleichbarem Volumen wie in den Vorjahren geplant. Bei den Finanzdienstleistern liegt der Fokus auf dem Bewährten, Investitionen in digitale Produkte wie Kryptoassets sind weiterhin keine Option. Die Untersuchung hat sich erneut als valides Instrument gezeigt, um wirtschaftliche und politische Einflussfaktoren für kommunale Entscheidungen zuverlässig zu erfassen.

Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung, mit freundlichen Grüßen



Dr. Harald Pitters

Wien, Januar 2025